

20. Tag der Deutschen Einheit - „Deutsches Jugendparlament 2010“ in der Bürgerschaft zu Bremen

Gruppe Bildung und Lernen, Mod. Dr. Wolfgang Wildfeuer, Experten: Dr. Wolfgang Beutel (Jena/Dortmund) Dr. Jan Hofmann (Ludwigfelde/Berlin)

Dr. Wolfgang Beutel: Bildung und Lernen – Ein Eingangsstatement

Ich will meine Überlegungen für den Ausschuss „Bildung und Lernen“ des Dt. Jugendparlaments in Bremen, das im Rahmen und aus Anlass der Feierlichkeiten zu „20 Jahre Deutsche Einheit“ in der Bremischen Bürgerschaft tagt, vor drei eigene Erfahrungshintergründe und einen Erwartungshintergrund stellen. Der erste ist die Bildungsreform in der alten, westlichen Bundesrepublik in der Zeit der 1970er bis zu den 1990er-Jahren (1 – weitere Vergangenheit). Der zweite betrifft die Arbeit mit Schulen, der Schulreform und den Reformerwartungen in Thüringen seit der deutschen Wiedervereinigung (2 – jüngere Vergangenheit). Der dritte konzentriert sich die zentrale Bildungsaufgabe des Demokratie-Lernens (3 – Gegenwart). Der vierte Punkt ist ein Erwartungshintergrund. Er zielt auf Überlegungen zu dem, was wir in der Bildungsdiskussion in Gesamtdeutschland brauchen und zukünftig erwarten sollen und erwarten dürfen (4 – Zukunft).

Erfahrungshintergrund 1: Westdeutsche Bildungsreform der 1970er bis 1990er Jahre:

- Positiv: Schulreform für sozialen Ausgleich; „Begabungsreserven wecken“ ; Arbeiterkinder auf's Gymnasium; Leitbild Wissenschaftsorientierung und ungebremster Glaube an Wachstum und Fortschritt
- Negativ: Unterrichtsschule; Frontal; keine Partizipation; kaum ästhetisch-musische Förderung; politische Bildung wenn, dann am ehesten in Deutsch, Kunst und Geschichte, aber wenig in einem eigenen Fachunterricht.
- Gesamtschulstreit und Positionierung A-B-Länder; Gymnasialreform (Oberstufenreform LK-GK-System und neue Fachinhalte) – bevor überhaupt im Süden das letzte Land (BY-BW) der 1972er-KMK-Vereinbarung gefolgt war, wurde bereits wieder an einem Gymnasialen Pflichtkanon gefeilt.
- Projektpädagogik durch „Praktisches Lernen“; EBA und Hauptschulreform; Förderung der einzelnen Schule anstelle der Streitigkeiten um das grundlegende Schulsystem
- Schule wird von Bildungspolitikern, Interessengruppen und anderen gesellschaftlichen Kräften als Feld allseitigen Expertentums betrachtet: Jeder war Schüler, die meisten sind oder waren Eltern – alle können über Schule sprechen, nur nicht professionelle Pädagogik (Minister und Verwaltung überwiegend Juristen)

Erfahrungshintergrund 2: Arbeit mit den Schulen, den Reformerwartungen und auch mit Reformmodellen in Thüringen

- Differenzen und Gemeinsamkeiten; Offenheit für Reform als Aufgabe der Schulentwicklung

- Positiv: Neuaufbau mit grundlegenden Reformideen: Ganztagschule, neu gegründete Gesamtschulen nicht ideologisch zu betrachten, sondern individuell fördernd; Schulgründungen aus Bürgerinitiativen und Zivilgesellschaft; hervorragende und frühe Profilierung von Einzelschulen; auch der Kampf mit Improvisation; Arbeitsbedingungen und andere Finanzlage bei Lehrerinnen und Lehrern
- Negativ: Deutsche Einigung und Wende in der ehem. DDR waren kaum ein Thema – und wenn, dann unter Abwicklungsaspekten; Studierendengenerationen, die das System DDR kaum erfahren haben können, werden als Lehramtsstudenten zu dessen Protegé
- Umgang mit und Begriff der Demokratie sehr polar: Große Freiheitsfreunde vs. total Enttäuschte, gerade auch in der Lehrerschaft: „Wie soll ich zur Demokratie erziehen, wenn ich selbst kein Demokrat bin“ (Frage eines Studierenden); In Eurer Demokratie gibt's mehr Arbeitslose als es in der DDR gab – wo ist der Vorteil (Lehrerin aus Sachsen)
- Positiv: 12-Jahre Schule ist nicht wirklich ein Problem; Negativ: Differenzierte Projektdidaktik, Individuelle Lernförderung, neue Methoden (oft wird das noch abgelehnt ...)

Erfahrungshintergrund 3: Demokratielernen früher – heute – zukünftig

- Früher nur als Unterricht, nicht als Beteiligung und Kritik von Schülern für Schüler
- Projekt Demokratisch Handeln auch als Initiative gegen bürgerliche Restauration und Neonazismus im „feinen Anzüge“ (REPUBLIKANER)
- Die Wende hat uns 1990 total überrascht
- Die Polarität in Blick auf Politik und Demokratie in den neuen Ländern der 1990er Jahre (ganz Engagierte – die auch oft aus den Bürgerbewegungen und Kirchen); sowie gleichzeitig die Bereitschaft zum extremen Wechselwahlverhalten (von der SED zu rechten Gruppen)
- Die CDU-Administrationen in den neuen Ländern unterstützen oft problemlos „Demokratielernen“ – also überfachliches politisches Erfahrungslernen für Demokratie und Zivilgesellschaft; während in den alten Ländern das eher weniger unterstützt wird (politische Bildung ist Wissen von Politik und Demokratie – Institutionenlernen)
- Die inzwischen in den Städten zumindest in Thüringen auffällige Polarität in der Schulausstattung: Ganz alt (z.B. Umlandgemeinden in Jena; Schulen wie Steenbeck in Cottbus) vs. Neu und hervorragend saniert in bspw. Jena; in den alten Ländern überwiegend ein wahnsinniger Sanierungstau bei den Schulgebäuden
- Lehrermangel in den Schulen schlägt in den alten Ländern sichtbar durch
- Die Politik tut sich schwer mit dem flexiblen Begriff der andauernden „Reform im Bildungswesen“ – gegenwärtig sind restaurative Tendenzen erkennbar in ganz Deutschland – ein Problem ist also ein positiver politischer Reformbegriff (das betrifft nicht nur die Bildungspolitik)
-

Erwartungshintergrund: Was wir jetzt und in naher Zukunft politisch gestalten müssen und erwarten dürfen

- Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben:
- Weg von den ideologischen Positionen insbesondere in Fragen der Ganztagschule und der Dreigliedrigkeit des Schulwesens;
- Reform der Lehrerbildung
- Bildungspolitik auch auf kommunaler Ebene (regionale Bildungslandschaften; Kommune ist mehr als Gebäudeverwaltung)
- Sorgfältige Entwicklung des Vorhandenen
- Ein positiver Begriff von Reform, von Demokratie und von offener Gesellschaft
- Föderalismusreform,
- Leistungsfähigkeit des Systems Schule im internationalen Vergleich;
- was ist geblieben von den Überlegungen des zentralen Runden Tisches der ehemaligen DDR in Blick auf ein gerechtes und soziales Bildungswesen in Freiheit und Verantwortung?
- Gerechtigkeitsfrage der Schule; demokratische Schule

Das gegliederte Schulwesen des Westens scheint die staatliche Einheitsschule der DDR besiegt zu haben. An die Stelle zentraler Steuerung ist der Bildungsföderalismus von nunmehr 16 Ländern getreten. Die Schulsysteme der neuen Länder adaptieren gegenwärtig nicht ohne Mühen das Abitur nach 12 Jahren, eine langsam wachsende Ganztagspädagogik und den staatlichen Ausbau frühkindlicher Betreuung, ja möglicherweise auch systematischen Lernens in der Elementarstufe von Kindergarten und Betreuungseinrichtungen. Hinzu kommt ein Erstarken der freien Schulen und die gemeinsamen Anstrengungen um die Steigerung der Lernleistungen im internationalen Vergleich in allen Schulen und Bundesländern durch Standardsetzung, Bildungsforschung, Evaluation und Schulentwicklung.

So scheint auf den ersten Blick doch vieles als positive Erfahrung der früheren DDR-Schule die Bildungsreform heute zu befruchten. Aber sind deshalb alle Blümenträume der politischen Wende vor allem in den fünf neuen Ländern gereift? Gibt es mehr Freiheit in der Bildung, sind die Lehrerinnen und Lehrer unabhängiger, pädagogisch kreativer, weiter weg von früher vorhandener Frontalbelehrung und rundum in der Demokratie und der damit verbundenen offenen Gesellschaft angekommen? Wie steht es um die politische Bildung jenseits indoktrinärer Staatserziehung? Wie sieht es aus mit Integration in der Schule einerseits, Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen andererseits?

Weitere Themen und Probleme liegen auf der Hand: Wie geht das deutsche Bildungswesen mit der unbestritten notwendigen Grundlagenreform um, die für das geforderte längere gemeinsame Lernen bei individualisierten Lernwegen nötig ist, wenn gleichzeitig gruppenbezogene Verlustängste solche Reformen sogleich wieder per Volksentscheid verhindern? Worum geht es eigentlich, wenn die

Hauptschule erhalten werden soll? Weshalb vergleichen die Länderminister bei PISA-Auswertungen strukturell problembelastete städtische Ballungsräume mit eher homogenen Flächenländern, also Äpfel mit Birnen? Kann staatlich organisierte Bildung und Lernen etwas zur Milderung des Nord-Süd-Gefälles innerhalb der Bundesrepublik beitragen?

Und schließlich: Sind die deutsche Wiedervereinigung und die aus ihr resultierenden großen Gewinne und Chancen, aber auch die anhaltenden Lasten und noch zu bewältigenden Aufgaben überhaupt ein Thema beim Lernen in der Schule?